

PRESSEMITTEILUNG

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Branchentarifverträge zur Verhinderung von Lohndumping

Der Diözesanvorstand des Kolpingwerkes DV Osnabrück sieht großen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem Thema Lohndumping. Er nimmt wahr, dass das Abgleiten von großen Teilen des Dienstleistungssektors in den Niedriglohnbereich dramatische Auswirkungen zeigt.

Der Diözesanvorstand setzt sich für eine verpflichtende Anwendung eines von den Tarifparteien autonom ausgehandelten, nach Regionen und Tätigkeitsmerkmalen differenzierten Branchentarifvertrages ein.

In unserer Gesellschaft bekommen eher nachrangige Ereignisse eine immer größere Beachtung. Im Vergleich zu Themen wie „Altersarmut“ oder „massive Lohnabsenkungen“ in Dienstleistungsbereichen vor allem des öffentlichen Sektors, ist beispielsweise der Verzehr von zwar falsch deklariertem aber gesundheitlich unbedenklichem Fleisch wirklich zweitrangig.

Bekannt sind die Ergebnisse dieser Entwicklung bei der Post, in den Schlachthöfen oder auch im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben von beruflichen Qualifizierungs- und Integrationsmaßnahmen. Warum soll bei uns eine verpflichtende Anwendung von durch die Tarifparteien autonom ausgehandelten, nach Regionen und Tätigkeitsmerkmalen differenzierten Branchentarifverträgen nicht wie in den Nachbarländern möglich sein?

Im Gegensatz zu Deutschland wird dieses Prinzip eines differenzierten Branchentarifvertrages in fast allen unseren Nachbarländern praktiziert. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, dass weitere Dienstleistungsbereiche, wie jetzt zum Beispiel bei der anstehenden Ausschreibungen im Öffentliche Nahverkehr, in den Niedriglohnsektor abrutschen oder seriöse, private Busunternehmer, die Tariflohn zahlen, aus dem Markt ausscheiden müssten. Die bundeseigene DB plant jetzt flächendeckend die Gründung von Billigtöchtern im Busbereich. Seriöse, Tariflohn zahlende Privatunternehmen laufen dann Gefahr, aus dem Markt auszuschneiden, wenn Wettbewerber ohne Tarifbindung mit niedrigeren Löhnen kalkulieren können.

Die Tarifautonomie darf dabei nicht angetastet werden. Sie ist verfassungsmäßig verankert und stellt eine sehr große Errungenschaft der sozialen Marktwirtschaft dar, die nicht durch von der Politik vorgegebene Mindestlöhne ersetzt werden darf.

Besonders wichtig ist dem Diözesanvorstand daher die Einführung eines tariflich gestalteten Mindestlohns, und zwar mit so wenigen Ausnahmen wie möglich und sinnvoll sind. Er fordert verpflichtende produktbezogene Branchentarife unter Wahrung der Tarifautonomie, die regional und nach Tätigkeiten ausdifferenziert sind.

Davon verspricht sich der Diözesanvorstand auch eine Eindämmung von Werkverträgen. Darüber hinaus sollen ausländische Firmen, die Leistungen innerhalb der Bundesrepublik erbringen, ebenfalls an die vorgegebenen Löhne gebunden sein.

Salzbergen, 07. Juli 2014

Norbert Frische
Diözesanvorsitzender

Hermann-Josef Albers
Handlungsfeldleiter Gesellschaftspolitik

Markus Silies
Diözesansekretär